

VERÄNDERTE SOLIDARITÄT IN FAMILIEN – KEIN GRUND FÜR PESSIMISMUS

Professor Dr. Gerhard Kruij,

Professor für Christliche Anthropologie
und Sozialethik,

Luisa Fischer

Wissenschaftliche Assistentin

Professor Dr. Gerhard Kruij (geb. 1957)

ist Professor für Christliche Anthropologie
und Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Mainz.

Luisa Fischer (geb. 1988) ist wissenschaftliche Assistentin an der Abteilung für
Christliche Anthropologie und Sozialethik an der Katholisch-Theologischen
Fakultät der Universität Mainz.

In Auseinandersetzung mit Krisenszenarien vom „Verfall der Familie“ zeigt der Beitrag, dass eine Pluralisierung familialer Lebensformen nicht als Erosionsprozess familialer Solidarität zu verstehen ist. Die Autoren plädieren für ein Verständnis von Familie als sozialem Netzwerk persönlicher Beziehungen, mit dem die Komplexität und Dynamik von Familienbiographien in geeigneter Weise erfasst werden kann. Im zweiten Teil des Beitrags werden Vorstellungen von Gefahren des Sozialstaatsausbaus für familiale Solidarität mit einem Verweis auf die Komplementarität des Verhältnisses von Familie und Sozialstaat zurückgewiesen.

Allenthalben wird derzeit die Erosion des Zusammenhalts der Gesellschaft beklagt. Zumindest für die Solidarität innerhalb von Familien lässt sich allerdings zeigen, dass dies trotz der Veränderung familialer Lebensformen nicht zutrifft. Auch eine andere Vor-

stellung lässt sich zurückweisen, dass nämlich der Ausbau des Sozialstaates für familiale Solidarität eine Gefahr darstelle. Deshalb versuchen wir mit diesem Beitrag deutlich zu machen, wie sich der Wandel familialer Lebensformen auf familiale Solidarität aus-

wirkt (Kapitel I) und wie sich deren Wechselspiel mit Leistungen des Wohlfahrtsstaates ausgestaltet (Kapitel II).

I. Zum Wandel familialer Lebensformen und familialer Solidarität

Krisenszenarien vom „Verfall der Familie“, die nicht zuletzt den Verlust familialer Solidarität beklagen, stützen sich häufig auf familiensoziologische Theorien wie die der Differenzierung oder der Individualisierung. Die auf Parsons und Luhmann zurückgehenden Differenzierungstheorien diskutieren einen Verlust bzw. eine Schwächung von Ehe und Kernfamilie in der modernen Gesellschaft, vor allem was deren Funktionen und Leistungen für die Gesellschaft und damit auch familiäre Solidarität betrifft (bspw. Nave-Herz 1999; Herlth et al. 1994). Individualisierungstheorien betonen ausgehend von den Arbeiten von Beck und Beck-Gernsheim¹ für moderne Gesellschaften grundsätzlich eine Freisetzung der Individuen von sozialen und konventionellen Vorgaben. Damit einher geht ein Mehr an Entscheidungsfreiheit bei der eigenen Lebensführung, auch was die Arten und Weisen gelebter Solidarität betrifft. Schon früh betonten mehrere Autoren (z. B. Zoll 2000), dass diese Entwicklung jedoch nicht mit einer Erosion von Solidarität gleichzusetzen sei. Bezogen auf Familie folgt aus der Individualisierungsthese eine „Autonomisierung der Familie vom Verwandtschaftssystem und der

¹ S. zu einem Überblick bspw. Beck/Beck-Gernsheim 1994/1990.

Individuen von der Familie“ (Burkart 2006: 177). Normativ geprägte soziale Strukturen gelten auch im Hinblick auf die Familie als in Auflösung begriffen (s. Beck-Gernsheim 1994: 136). Mit der Deinstitutionalisierungsthese Tyrells (1988) nähert sich die Differenzierungstheorie der Individualisierungstheorie an, indem ein Verlust der selbstverständlichen Legitimität von Ehe und Familie und eine Schwächung des institutionellen Verweisungszusammenhangs von Ehe und Familie postuliert wird.

Empirisch kann jedoch gezeigt werden, dass Deinstitutionalisierung und Individualisierung weniger als Krise oder Verfall, eher als Pluralisierung und Entstrukturierung im Sinne einer Verschiebung der Anteile vorhandener Lebensformen und damit auch deren gesellschaftlicher Wahrnehmung verstanden werden sollten (s. Wagner/Cifuentes 2014: 90; vgl. Kuhnt/Steinbach 2014: 46). So haben sich etwa zwischen 1996 und 2016 die Anteile unverheiratet in einer Lebensgemeinschaft zusammenlebender Personen mit minderjährigen Kindern (+94,7%) und ohne minderjährige Kinder (+53,1%) im Haushalt sowie Alleinstehender (+30,4%) und alleinerziehender Elternteile (+24,4%) an allen Lebensformen erhöht, während etwa der Anteil verheirateter Personen mit minderjährigen Kindern im Haushalt (-25,8%) gesunken ist².

² Datenquelle: Statistisches Bundesamt Mikrozensus (Lebensformenkonzept), Berechnungen durch das BiB 2018, abrufbar über: <https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/L04-Bevoelkerung-Lebensformen-Veraenderung-ab-1996.html> (letzter Aufruf: 24.04.2018).

Es ist noch eine offene Frage, ob und wie sich funktionale Äquivalente zur Ehe als institutionellem Rahmen von Elternschaft und Familie herausbilden (s. Huinink 2006: 223-224).

Neben Veränderungen auf normativer Ebene tragen auch demographische Entwicklungen zur Pluralisierung bei (s. Kuhnt/Steinbach 2014: 45; vgl. Huinink/Konietzka 2007: 107). Aussagen der amtlichen Statistik, die sich auf Haushalts-Querschnittsbetrachtungen beziehen, verschleiern dies häufig; denn die Zunahme von Ein- bzw. Zwei-Personen-Haushalten hat ihre Ursache vor allem in der Zunahme der Lebenserwartung und besseren Lebensqualität im Alter sowie einer zeitlichen Verlagerung der Ehe- und Familiengründung (s. Kuhnt/Steinbach 2014: 46; vgl. Statistisches Bundesamt 2017).

„Familienleben und Familienbeziehungen sind aber nicht an Haushaltsgrenzen gebunden“ (Hennig 2014: 142), sondern sozial und räumlich diffuser (s. Hennig 2014: 142). Entsprechend bedeuten die Veränderungen auf der Ebene der Haushalte nicht, dass die nicht in einem Haushalt zusammenlebenden Personen keine Beziehungen mehr zueinander hätten. Pluralisierung bedeutet vielmehr, dass Familienbiographien zunehmend komplexer werden. Personen durchlaufen im Lebensverlauf unterschiedliche Partnerschafts- und Familienformen (s. Kreyenfeld/Konietzka 2012: 234; Peuckert 2012: 231).

Mit einem Begriff von Familie als sozialem Netzwerk persönlicher Beziehungen ist diese Komplexität und Dynamik in geeigneter Weise zu erfassen (s. Hennig 2014; vgl.

BMFSFJ 2006). Im Fokus der Betrachtung von Familie liegen dabei persönliche (Interaktions-)Beziehungen, wobei der Generationenbeziehung konstitutive Relevanz zukommt. Die vielfach betonte „eigene“ oder „besondere“ Art familialer Beziehungen ergibt sich aus dem – funktional zu verstehenden – Element familialer Sorge bzw. „Care“ (s. Herlth 2003; vgl. Hennig 2014). Im 7. Familienbericht des BMFSFJ heißt es dementsprechend: „In einem modernen Verständnis konstituiert sich Familie heute nicht mehr nur über Heirat, sondern über Solidarität, Wahlverwandtschaft und Elternschaft. [...] Familie erscheint heute mehr als Verantwortungs- und Solidargemeinschaft und damit als Zusammenhang von Personen, die nicht zwingend zusammenwohnen müssen und nicht zwingend über verwandtschaftliche Beziehungen miteinander verbunden ist.“ (BMFSFJ 2012: 4-5). Entsprechend ist auch die Verhältnisbestimmung von „Familie“ und „Verwandtschaft“ neu anzufragen. Innerfamiliäre Solidarität wird dabei – ganz im Sinne der Individualisierungstheorie – sicherlich immer häufiger als individuelle Entscheidung realisiert, weniger auf Grund relativ verbindlicher Konventionen oder sozialen Zwangs. Stärker als früher ist sie damit von den tatsächlichen Wertüberzeugungen der Individuen abhängig und mag manchen deshalb als prekär erscheinen. Es lässt sich jedoch zeigen, dass wir es seit Jahren weniger mit einem „Werteverlust“ als vielmehr mit einem „Wertewandel“ zu tun haben (s. Kruij 2001).

Die Perspektive auf Familie als Netzwerk kann außerdem der demographischen Tatsache Rechnung tragen, dass die meisten Deutschen heute in Drei-Generationen-Konstellationen leben, was in diesem Umfang eine familienhistorisch neuartige Situation darstellt (s. Hoff 2006: 279; vgl. Hennig 2014: 146-147). Es ist der historischen Familienforschung zu verdanken, einen differenzierten Vergleichsmaßstab für die Entstehungsgeschichte der modernen Familie vorgelegt zu haben (s. Rosenbaum 2014). Allein schon wegen niedrigerer Lebenserwartung fiel die gemeinsame Lebenszeit von Großeltern und Enkeln relativ kurz aus. Erst seit der Mitte des 20. Jahrhunderts konnte sich in Deutschland eine Drei-Generationenstruktur durchsetzen (s. Grünheid/Scharein 2011; Engstler/Menning 2005).

„Die Überlappung gemeinsamer Lebensjahre führen [...] auch zu einer Zunahme an Möglichkeiten und Notwendigkeiten für Beziehungen, Unterstützungen und Einflüssen über mehr als zwei Generationen.“

Diese ist von einer langen, über ein Vierteljahrhundert dauernden gemeinsamen Lebenszeit von Großeltern und Enkeln geprägt, auch wenn der Anstieg des Erstgeburtsalters seit den 1970er Jahren zu großen Alterslücken und sinkenden Werten geführt hat (s. Grünheid/Scharein 2011: 8). „Die Überlappung gemeinsamer Lebensjahre führen [...] auch zu einer Zunahme an Möglichkeiten und Notwendigkeiten für Beziehungen, Unterstützungen und Einflüssen über mehr als zwei Generationen. Das heißt in der Konsequenz, dass einerseits die intergenerationale Solidarität zunimmt und andererseits auf Grund der steigenden Scheidungszahlen die

Familienbeziehungen über mehrere Generationen für den Sozialisationsprozess von Kindern an Bedeutung gewinnen und für die Familienfunktionen im 21. Jahrhundert von grundlegender Bedeutung sein werden“ (Hennig 2014: 144). Familie ist heute nicht (mehr) als „isolierte Kernfamilie“ nach dem parsonschen Modell verstehbar, sondern ist mehr denn je multilokale Mehrgenerationenfamilie (s. Bertram 2009). So tritt neben die Funktionen von Sozialisation und Regeneration auch die Solidarität mit der älteren Generation (s. Bertram 2002: 519). Empirisch kann gezeigt werden, „dass die Älteren in der Familie keineswegs von ihren Nachkommen isoliert sind. Wer Kinder in die Welt setzt, kann lebenslang mit häufigen Kontakten zu ihnen rechnen.“ (BMFSFJ 2006: 141). Hennig belegt anhand einer Auswertung von SOEP-Daten aus dem Jahr 2011 in diesem Zusammenhang, dass von Familienmitgliedern der größte Teil an Unterstützungsleistungen, insbesondere im Bereich der (langfristigen) Pflegeleistungen, erbracht wird (s. Hennig 2014: 151-155). Auch Großelternschaft, historisch gesehen ein relativ junges Phänomen (s. Chvojka 2003), hat sich zu einer bedeutsamen sozialen Rolle entwickelt und ist zu einem „nahezu selbstverständlichen Bestandteil der Normalbiografie“ (Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen 2012: 55) geworden. Aus diesem Grund kann man durchaus sagen, dass es heute mehr innerfamiliäre Solidarität gibt als zu früheren Zeiten.

Negative Auswirkungen auf das familiäre Solidaritätspotential ergeben sich bei alledem jedoch sehr wohl

daraus, dass heute ein beträchtlicher Teil von Personen kinderlos bleibt. So betrug etwa der Anteil an kinderlosen Frauen der Geburtsjahrgänge 1963-1967 im Jahr 2012 insgesamt 20% (s. Statistisches Bundesamt 2015). „Die steigende Kinderlosigkeit führt dazu, dass Generationenfolgen nicht fortgesetzt werden, die familiären Generationenkettens brechen ab.“ (Grünheid/Scharein 2011: 11) Zwei gesellschaftliche Gruppen werden damit in Zukunft an Bedeutung gewinnen: Zum einen eine Gruppe von Personen mit kinderlosen Kindern, die folglich enkellos sind und bleiben werden, aber über intergenerationale Beziehung zu ihren eigenen Kindern verfügen; zum anderen eine Gruppe von Personen, die selbst kinderlos und damit natürlich auch enkellos sind und bleiben (vgl. Fischer 2016). Gerade für diese Personengruppen muss familiäre Solidarität durch andere Arten von Unterstützungsleistungen – von Freunden, Nachbarn, aber auch dem Sozialstaat – ersetzt werden. Ein Teil der Wahrnehmung erodierender Solidarität mag auf dieses Phänomen zurückzuführen sein, es lässt sich jedoch nicht als Vorwurf an Familien ins Feld führen.

II. Zusammenhang zwischen familiärer Solidarität und Leistungen des Wohlfahrtsstaates

In der sozialwissenschaftlichen Literatur ist unumstritten, dass es einen Zusammenhang zwischen der Ausgestaltung familiärer Beziehungen und wohlfahrtsstaatlichen Leistungen gibt; umstritten ist hingegen, wie sich

dieser Zusammenhang qualitativ darstellt. Während Vertreter/innen der Crowding-in-These eine Stärkung familiärer Solidarität durch einen umfangreichen Wohlfahrtsstaat postulieren, verweist die Crowding-out-These auf eine Schwächung persönlicher Beziehungen durch umfangreiche staatliche Leistungen. In Anlehnung an die Crowding-out-These und mit Bezug zum Sozialprinzip der Subsidiarität wird innerhalb der theologischen Ethik häufig Kritik an einem rein auf Leistungen und Funktionen der Familie fokussierten Blick geäußert. So kritisiert Ilona Ostner das dem sozialinvestiven Wohlfahrtsstaat zugrunde liegende Familienleitbild, dass „Familien und deren Mitglieder in erster Linie als Wirtschaftsfaktoren für die Gesellschaft“ be- greift (Ostner 2013: 14). „Es verlangt von den Eltern den optimalen Einsatz ihres ‚Humanvermögens‘, und zwar im doppelten Sinne: erstens durch die möglichst frühzeitige und vollständige (Wieder-)Eingliederung in den Erwerbsprozess und zweitens durch die Erziehung der Kinder zu geeigneten Mitgliedern der Gesellschaft. Diese Erziehung soll in ‚Verantwortungsgemeinschaft‘ mit öffentlichen Einrichtungen erfolgen, d.h. unter Befolgung staatlicher Bildungs- und Erziehungsideale, und dies in einer ohnehin geschrumpften Familienzeit/Zeit für Familie.“ (Ostner 2013: 14) In ähnlicher Weise argumentiert Bernhard Laux, wenn er mit Rekurs auf Habermas in Bezug auf die Familie von „massive[n] Tendenzen der ökonomischen, der politisch-administrativen und der (sozial-“

...muss familiäre Solidarität durch andere Arten von Unterstützungsleistungen – von Freunden, Nachbarn, aber auch dem Sozialstaat – ersetzt werden.

pädagogischen „Kolonialisierung der Lebenswelt durch Systemimperative“ (Laux 2014: 54) spricht. Er fordert daher, familienpolitische Leistungen – wie etwa den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur – immer wieder daraufhin zu befragen, ob sie Familien, deren Eigensinn und Eigenlogik, bzw. familiäre Solidarität tatsächlich fördern oder doch vorrangig anderen Interessen dienen (vgl. Laux 2014).

Trotz dieser teilweise berechtigten Sorge sind die Anpassung familienpolitischer Maßnahmen an die auf nationaler Ebene nur begrenzt gestaltbaren und größtenteils unumkehrbaren Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft, die damit einhergehenden Zwänge der modernen Arbeitswelt und die berechtigten veränderten Ansprüche an die private und berufliche Lebensführung, insbesondere von Frauen, als Notwendigkeit zu verstehen. Im Vergleich der verschiedenen Entwicklungen in europäischen Ländern konnte gezeigt werden, dass nichts den Familien mehr schadet als eine „unvollständige Revolution“ der Stellung der Frau: Solange die familialen Lebensformen, die Verhältnisse auf

den Arbeitsmärkten und die Strukturen sozialer Sicherung noch nicht an die durch die Emanzipation veränderten Lebensvorstellungen von Frauen angepasst sind, kommt es zu mehr Kinderlosigkeit und zu mehr Scheidungen (s. Esping-Andersen 2009). Damit ist klar, dass es unter den derzeitigen Rahmenbedingungen mehr und andere soziale Dienstleistungen und Transferzahlungen braucht, um Familie und familiäre Solidarität überhaupt erst zu ermöglichen. Würde man aus vermeintlicher Rücksicht auf die Familie etwa die schon in der frühkindlichen Erziehung beginnenden Bildungsinvestitionen in die Kinder, die Förderung einer gleichberechtigten Berufstätigkeit von Frauen oder flexible und der Lebensrealität angepasste Betreuungsmöglichkeiten nicht ausbauen oder gar zurückfahren, wäre den Familien sicherlich nicht gedient, ja wahrscheinlich würden sich dann mehr Menschen dazu entscheiden, gar nicht erst eine Familie zu gründen.

Ähnliches gilt für die Tatsache, dass auf Grund des Ausbaus des Sozialstaates heutige erwachsene Kinder weniger abhängig sind von ihren Eltern und umgekehrt alte Menschen weniger abhängig sind von ihren Kindern. Dies trägt sicherlich zur Vermeidung intergenerationeller Konflikte bei, entlastet alle Beteiligten und ermöglicht so eine Konzentration auf das, was alleine in familiären Zusammenhängen geleistet werden kann: personale Zuwendung. Auch hier gilt: Gäbe es diese Entlastung nicht, würden weniger Menschen sich auf familiäre Lebensformen einlassen bzw. würde die nötige Unterstützung möglicherweise gar nicht mehr

zustande kommen. Mit Bezug zur Theorie der funktionalen Differenzierung lässt sich das Fortbestehen familiärer Lebensformen und familiärer Solidarität nämlich gerade dadurch begründen, „dass diese spezifische Solidargemeinschaft bei der Produktion bestimmter Leistungen Effizienzvorteile gegenüber anderen Organisationsformen (z.B. Wohlfahrtsstaaten) mit sich bringt.“ (Deindl et al. 2014: 299; vgl. Staub 2010).

So können auch Deindl und Kollegen in einer vergleichenden Studie unter Berücksichtigung verschiedener europäischer Länder jenseits der Alternative von Crowding-in und Crowding-out aufzeigen, dass das Verhältnis familiärer und staatlicher Solidarität vielmehr im Sinne einer „gemeinsamen Verantwortung“ bzw. „Komplementarität“ zu erfassen ist (s. Deindl et al. 2014: 305). Daatland und Herlofson (2003) sprechen in diesem Zusammenhang auch von einer „changed solidarity“. Je ausgebauter das System öffentlicher Dienstleistungen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit für familiäre Unterstützungen – wenn sich auch deren Intensität verringert; gleiches gilt für den Zusammenhang öffentlicher Sozialausgaben und finanzieller Unterstützung in Familien (s. Brandt/Deindl 2013). „Neuere Ergebnisse belegen damit, dass man nicht mehr von einer Dichotomie zwischen Verdrängung und Verstärkung ausgehen kann, sondern dass öffentliche und private Leistungen Hand in Hand gehen – und wenn manche Leistungen ‚verdrängt‘, andere gleichzeitig ‚gefördert‘ werden“ (Deindl et al. 2014: 305; vgl. Brandt 2009; Schmid et al. 2012). Die Studien deuten darauf hin, dass eine Auf-

gabenteilung zwischen öffentlichen Anbietern und Familien gemäß deren Ressourcen und Kompetenzen zu einer besseren Qualität und höheren Quantität an Unterstützungsleistungen führt, was darüber hinaus zu einer größeren Autonomie bei der Ausgestaltung und damit einer besseren Beziehungsqualität in Familien führen sollte (s. Brandt/Deindl 2013). Mehr Sozialstaat bedeutet also keineswegs zwingend weniger familiäre Solidarität, und ein Zurückfahren sozialstaatlicher Leistungen wäre alles andere als eine Garantie für mehr familiäre Solidarität.

Freiwillige familiäre Solidarität und die „Zwangssolidarität“ des sozialen Sicherungssystems können sich gut ergänzen und stehen nicht in Konkurrenz zueinander – was natürlich nicht ausschließt, dass immer wieder Feinjustierungen nötig sind, um die richtigen Anreize zu schaffen, individuelle und familiäre Freiheitsspielräume zu wahren und Armutfallen zu vermeiden.

Freiwillige familiäre Solidarität und die „Zwangssolidarität“ des sozialen Sicherungssystems können sich gut ergänzen und stehen nicht in Konkurrenz zueinander ...

Literaturverzeichnis

Beck, Ulrich; Beck-Gernsheim, Elisabeth, *Das ganz normale Chaos der Liebe.* (Frankfurt a.M.: Suhrkamp,1990).

Beck, Ulrich; Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.), *Riskante Freiheiten.* (Frankfurt a.M.: Suhrkamp,1994).

Beck-Gernsheim, Elisabeth, „Individualisierungstheorie: Veränderungen des Lebenslaufs in der Moderne“ in: Keupp, Heiner (Hrsg.), *Zugänge zum Subjekt. Perspektiven einer reflexiven Sozialpsychologie* (Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1994), 125-146.

Bertram, Hans, „Intimität, Ehe, Familie und private Beziehungen“. in: *Soziale Welt* 53 (2002): 415-422.

BMFSFJ (Hrsg.), *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik.* Siebter Familienbericht (2006).

BMFSFJ (Hrsg.), *Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik.* Achter Familienbericht (2012).

Brandt, Martina; Deindl, Christian, Intergenerational Transfers to Adult Children in Europe: Do Social Policies Matter?. In: *Journal of Marriage and Family* 75/1 (2013): 235-251.

Brandt, Martina; Haberkern, Klaus; Szydlak, Marc, „Intergenerational help and care in Europe“. in: *European Sociological review* 25 (2009): 585-601.

Burkart, Günter, „Positionen und Perspektiven: zum Stand der Theoriebildung in der Familiensoziologie“ in: *Zeitschrift für Familienforschung* 18/2 (2006): 175-205.

Chvojka, Erhard; *Geschichte der Großelternrollen. Vom 16. Bis zum 20. Jahrhundert.* Kulturstudien 33 (Wien: Boehlau, 2003).

Daatland, Svein Olaf; Herlofson, Katharina, „'Lost solidarity' or 'changed solidarity': a comparative European view of normative family solidarity“. in: *Ageing & Society* 23 (2003): 537-560.

Deindl, Christian; Brandt, Martina; Hank, Kartsen, „Generationen in Europa: Theoretische Perspektiven und empirische Befunde“. in: Steinbach, Anja/Hennig, Marina/Arránz Becker, Oliver (Hrsg.), *Familie im Fokus der Wissenschaft* (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2014), 299-325.

Esping-Andersen, Gøsta, *Incomplete revolution. Adapting to women's new roles.* (Cambridge: Polity, 2009).

Engstler, Heribert; Menning, Sonja, „Der Übergang zur Großelternschaft. Kohortenspezifische Entwicklung der Prävalenz, des Alters und der Dauer der Großelternschaft in Deutschland“. in: *Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V.* 8(2005): 7.

Fischer, Luisa, Alter(n) ohne Enkel. Zur ethischen Relevanz zunehmender Enkellosigkeit. in: Ernst, Stephan (Hrsg.), *Alter und Altern: Herausforderungen für die theologische Ethik* (Studien zur theologischen Ethik 147), (Freiburg: Herder, 2016) 299-314.

Grünheid, Evelyn/ Scharein, Manfred G., „Zur Entwicklung der durchschnittlichen gemeinsamen Lebenszeit von Drei- und Vier-Generationenfamilien in West- und Ostdeutschland – Eine Modellrechnung“. in: *Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 36(2011)1: 3-40.

Hennig, Marina, „Familienbeziehungen über Haushaltsgrenzen hinweg – Familie als Netzwerk“. in: Steinbach, Anja/Hennig, Marina/Arránz Becker, Oliver (Hrsg.), *Familie im Fokus der Wissenschaft* (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2014), 141-172.

Herlth, Alois; Brunner, Ewald J.; Tyrell, Hartmann; Kriz, Jürgen (Hrsg.), *Abschied von der Normalfamilie? Partnerschaft kontra Elternschaft.* (Berlin: Springer,1994).

Hoff, Andreas, „Intergenerationale Familienbeziehungen im Wandel“. in: Tesch-Römer, Clemens/Engstler, Heribert/Wurm, Susanne (Hrsg.), *Altwerden in Deutschland. Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte*. (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006), 231-287.

Huinink, Johannes, „Zur Positionsbestimmung der empirischen Familiensoziologie“. in: *Zeitschrift für Familienforschung* 18/2 (2006):213-252.

Huinink, Johannes; Konietzka, Dirk, *Familiensoziologie: Eine Einführung*. (Frankfurt a.M.: campus, 2007).

Kreyenfeld, Michaela; Konietzka, Dirk, „Stieffamilien und die spätmoderne Vielfalt der Familie“. in: Buhr, Petra; Feldhaus, Michael (Hrsg.), *Die notwendige Vielfalt von Familie und Partnerschaft*. (Würzburg: Ergon 2012), 233-253.

Kruip, Gerhard: „Werteverlust - Wertewandel - Wertepolitik. Ressourcen für eine postkonventionelle Moral“. in: Vittorio Hösle u. a. (Hg.), *Jahrbuch für Philosophie des Forschungsinstituts für Philosophie* Hannover Bd. 12 (Wien, 2001), 137-155.

Kuhnt, Anne-Kristin; Steinbach, Anja, „Diversität von Familie in Deutschland“. in: Steinbach, Anja; Hennig, Marina; Arránz Becker, Oliver (Hrsg.), *Familie im Fokus der Wissenschaft*. (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2014) 41-70.

Laux, Bernhard, „Familie – zwischen ‚Kulturkampf‘ und Systemzwang“. in: Hilpert, Konrad; Laux, Bernhard (Hrsg.), *Leitbild am Ende? Der Streit um Ehe und Familie*. (Freiburg: Herder, 2014) 43-58.

Nave-Herz, Rosemarie, „Diskontinuitäten zwischen Familie und Moderne“. in: Friedrichs, Jürgen; Nave-Herz, Rosemarie (Hrsg.), *Familiensoziologie*. (Oldenburg: Universität Oldenburg, 1999) 31-50.

Ostner, Ilona, „Subsidiarität und Solidarität neu gedacht. Eltern und Kinder im sozialinvestiven Wohlfahrtsstaat“. in: *KSZZ* (Hrsg.), *Kirche und Gesellschaft* 402 (2013)

Peuckert, Rüdiger, *Familienformen im sozialen Wandel*. (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2012)

Rosenbaum, Heidi, „Familienformen im historischen Wandel“. in: Steinbach, Anja; Hennig, Marina; Arránz Becker, Oliver (Hrsg.), *Familie im Fokus der Wissenschaft*. (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2014), 19-39.

Schmid, Tina; Brandt, Martina; Haberkern, Klaus, „Gendered support to older partners: do welfare states matter?“ in: *European Journal of Ageing* 9(2012): 39-50.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Daten zu Geburten, Familien und Kinderlosigkeit - Ergebnisse des Mikrozensus 2012 - Ausgabe 2015*. Abrufbar über: www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/HaushalteMikrozensus/GeburtentrendsTabellenband.html[Stand: 2018-05-02].

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Entwicklung der Privathaushalte bis 2035. Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung - 2017*. Abrufbar über: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/HaushalteMikrozensus/EntwicklungPrivathaushalte5124001179004.pdf?__blob=publicationFile [Stand: 2018-05-02].

Staub, Ivo, „Jenseits von crowding-out und crowding-in: Über den Einfluss des Wohlfahrtsstaats auf persönliche Netzwerke“. in: *Newsletter Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit* Nr. 7. (2010).

Tyrell, Hartmann, „Ehe und Familie. Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung“. in: Lüscher, Kurt; Schultheis, Franz; Wehrspaun, Michael (Hrsg.), *Die „postmoderne“ Familie*. (Köln: Universitätsverlag, 1988), 145-156.

Wagner, Michael; Cifuentes, Isabel V., „Die Pluralisierung der Lebensformen – ein fortlaufender Trend?“ in: *Comparative Population Studies* 39 (2014):73-98.

Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen, *Generationenbeziehungen. Herausforderungen und Potenziale*. (Wiesbaden, 2012)

Zoll, Rainer, *Was ist Solidarität heute?* (Frankfurt am Main: suhrkamp, 2000).